

## **I. Stadtpolizei**

### Aufgaben

#### Art. 1

<sup>1</sup> Die Stadtpolizei hat die ihr durch Gesetze und Verordnungen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Sie hat für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu sorgen, insbesondere das Leben, die Gesundheit und den Frieden von Personen sowie deren Eigentum vor rechtswidriger Bedrohung zu schützen, das Gemeinwesen vor Schaden zu bewahren, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen und den Strassenverkehr zu regeln.

<sup>2</sup> Die Stadtpolizei sorgt von Amtes wegen oder auf berechtigte Anzeige hin für die Einhaltung der Vorschriften dieses Reglements<sup>1</sup> und verzeigt Fehlbare.

## **II. Öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit**

### Gefährdungs- und Störungsverbot

#### Art. 2

Es ist untersagt, die Gesundheit, Ruhe, Sicherheit, den Frieden und das Eigentum Dritter durch Staub, Rauch, Russ, lästige Dünste oder Erschütterungen zu gefährden oder zu stören.

#### Art. 3<sup>3</sup>

#### Art. 4<sup>3</sup>

### Vermeidung übermässiger Einwirkungen durch Gewerbe und Industrie

#### Art. 5

<sup>1</sup> Gewerbliche Arbeitsvorgänge, welche auf die Rechtssphäre Dritter übermässig einwirken, sind soweit möglich in Räumen auszuführen, die eine unzumutbare Belästigung Aussenstehender ausschliessen. Bei gewerblichen Arbeitsvorgängen, die nur im Freien ausgeführt werden können, sind alle zumutbaren Massnahmen zur Vermeidung oder zur Verminderung übermässiger Belästigung Dritter zu treffen.

<sup>1</sup> geändert durch Bereinigungsreglement I vom 27. Oktober 1992, VOS 12, 559

<sup>2</sup> VOS 9, 25

<sup>3</sup> aufgehoben durch Lärmschutzreglement vom 20. Juni 1978, VOS 10, 325 (Art. 25)

<sup>2</sup> Solange nicht alle nach dem jeweiligen Stand der Technik zuzumutenden Massnahmen zur Vermeidung oder zur Verminderung übermässiger Belästigung in sachgemässer Weise getroffen werden, können die betreffenden Arbeiten untersagt werden. Arbeitsvorgänge, die nach dem Stand der Technik unvermeidlich sind, aber trotz allen zumutbaren Massnahmen eine übermässige Belästigung Dritter zur Folge haben, sind auf andere Weise, insbesondere durch geeignete zeitliche Beschränkung oder Staffelung der Arbeiten, erträglich zu gestalten.

Art. 6 – 8<sup>1</sup>

Sprengen mit  
Explosionsstoffen

Art. 9

Das Sprengen mit Explosionsstoffen ist nur mit polizeilicher Bewilligung und unter Anwendung aller durch die Umstände gebotenen Sicherheitsmassnahmen gestattet.

Feuerwerk

Art. 10

<sup>1</sup> Beim Abbrennen von Feuerwerk sind alle durch die Umstände gebotenen Sicherheitsmassnahmen zu treffen.

<sup>2</sup> <sup>1</sup>  
...

<sup>3</sup> Das Anbieten, der Verkauf, der Kauf und die Verwendung von gefährlichem Feuerwerk, wie Kanonendonnern, Fröschen und dergleichen, sind verboten.

Unfug

Art. 11

Als Unfug gilt die mutwillige Belästigung oder Gefährdung von Personen sowie die mutwillige Störung des Eigentums Dritter, insbesondere durch:

- a) Schlagen an Türen, Fensterläden und Umzäunungen,
- b) Verursachung von öffentlichem Streit und Handel sowie aktive Beteiligung daran,
- c) Überspannen von Strassen und Wegen mit Papierschlängen und dergleichen sowie das Werfen von Gegenständen gegen Fahrzeuge,
- d) Werfen von Gegenständen, Ausgiessen von Flüssigkeiten oder Entweichenlassen von Gasen,
- e) Verstopfung von Brunneneinlauf- oder -abflussröhren sowie Ableiten des Brunnenwassers ohne Bewilligung des Berechtigten,
- f) Bespritzen aus Brunnenröhren, Wasserpistolen und dergleichen,
- g) Wegwerfen von Früchteschalen und dergleichen.

<sup>1</sup> aufgehoben durch Lärmschutzreglement vom 20. Juni 1978, VOS 10, 325 (Art. 25)

|                       |   |
|-----------------------|---|
| Öffentliches Ärgernis | Art. 11bis <sup>1</sup><br>Wer unter Einfluss von Alkohol oder einem anderen Mittel mit berauscher Wirkung öffentliches Ärgernis erregt, kann von einem Ort weggewiesen oder ferngehalten werden.   |
| Wäscheaufhängen usw.  | Art. 12<br>An öffentlichen Ruhetagen ist es verboten, im Freien, auf Zinnen, Balkonen oder vor Fenstern Wäsche und dergleichen aufzuhängen oder hängen zu lassen.   |
| Campieren             | Art. 13<br>Das Campieren auf öffentlichem Grund ist nur auf den Liegenschaften gestattet, welche von der Direktion Soziales und Sicherheit <sup>2</sup> als Campingplätze bezeichnet werden. Die Direktion Soziales und Sicherheit kann das Campieren auf privaten Liegenschaften untersagen, wenn Sitte, Anstand, Ordnung, Reinlichkeit oder die Ruhe Dritter gefährdet werden.  |
| Strassenprostitution  | Art. 13bis <sup>3</sup><br>Der Aufenthalt in der erkennbaren Bereitschaft, sich der gewerbmässigen Unzucht hinzugeben, ist auf öffentlichem Grund an folgenden Orten untersagt:<br>a) auf Strassen und Plätzen, an denen Wohnhäuser stehen,<br>b) an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel während der Betriebszeit,<br>c) in und bei Parks und parkähnlichen Anlagen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind,<br>d) in der Nähe von Kirchen, Schulen und Spitälern. |

### III. Verkehrsvorschriften

|  |  |
|--|--|
| Verkehrspolizeiliche Einzelverfügungen | Art. 14<br>Der Stadtrat kann im Rahmen der ihm vom Regierungsrat übertragenen Befugnisse für bestimmte Strassen Fahrverbote, Verkehrsbeschränkungen und Sonderanordnungen zur Regelung des Verkehrs erlassen, wenn es die fließende Abwicklung oder die Sicherheit des Verkehrs oder der Strassenzustand erfordern. <sup>4</sup> |
|--|--|

<sup>1</sup> eingefügt durch Nachtrag III vom 23. Mai 2000, cRS 2000, 45

<sup>2</sup> geändert durch Bereinigungsreglement III vom 15. März 2005, cRS 2005, 117.

Diese Änderung ist im ganzen Reglement berücksichtigt.

<sup>3</sup> eingefügt gemäss Nachtrag I vom 19.9.1972, VOS 9, 377

<sup>4</sup> siehe Art. 19 Abs. 2 der Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr; sGS 711.1

|                                    |   |
|------------------------------------|---|
| Sichtbehinderung                   | <p>Art. 15</p> <p>Die Direktion Soziales und Sicherheit kann verfügen, dass sicht-behindernde Bäume, Gebüsche, Einfriedungen, Holzstapel, Mate-riallager und dergleichen, welche an Strassenkurven, Strassenver-zweigungen, Ein- und Ausfahrten von Höfen und Garagen die Sicht verdecken und dadurch den öffentlichen Verkehr gefährden, zu beseitigen sind.<sup>1</sup></p>   |
| Manipulation von EBZ-Bewilligungen | <p>Art. 16<sup>2</sup></p> <p>Wer in der Absicht, sich oder einem anderen einen unrechtmässi-gen Vorteil zu verschaffen, eine EBZ-Bewilligung nicht vorschrifts-gemäss ausfüllt, fälscht oder verfälscht, eine EBZ-Bewilligung dieser Art zur Täuschung gebraucht, macht sich strafbar.</p>   |
| Fuhrwerke und Zugtiere             | <p>Art. 17</p> <p><sup>1</sup> Tiergespanne dürfen nur unter Aufsicht oder unter Beachtung geeigneter Vorsichtsmassnahmen (Anziehen der Bremsen, Zurückbinden der Zügel, Lösen der Zugstricke usw.) auf öffent-lichem Grund stengelassen werden.</p> <p><sup>2</sup> Beim Abstellen unbespannter Fuhrwerke auf öffentlichem Grund ist die Deichsel hochzuschlagen und zu sichern oder zu entfernen, und es sind die Bremsen anzuziehen.<sup>3</sup></p> |
| Langholztransporte usw.            | <p>Art. 18</p> <p><sup>1</sup> Bei Langholz- und ähnlichen Transporten durch Fuhrwerke ist der Hinterwagen mit einer Wepfe zu versehen. Diese ist in geeigneter Weise zu bedienen.</p> <p><sup>2</sup> Zur Zeit des grössten Verkehrs dürfen solche Transporte nur mit polizeilicher Bewilligung durch das Stadttinnere oder auf den Ausfallstrassen geführt werden.</p>  |

#### **IV. Benützung des öffentlichen Grundes und der öffentlichen Luftsäule**

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| Gesteigerter Gemeingebrauch | <p>Art. 19</p> <p>Die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung der öf-fentlichen Strassen, Wege, Plätze, Anlagen und des übrigen für den Gemeingebrauch bestimmten Eigentums bedarf einer polizei-lichen Bewilligung.</p> |
|-----------------------------|--|

<sup>1</sup> siehe sGS 732.1

<sup>2</sup> geändert durch Nachtrag III vom 23. Mai 2000, cRS 2000, 45

<sup>3</sup> vgl. Strassenverkehrsgesetz des Bundes (vor allem Art. 44 und 52 der Verordnung über die Strassenverkehrsregeln; SR 741.11)

|  |   |
|--|---|
| Schnee und Eis                               | <p>Art. 20</p> <p><sup>1</sup> Schnee und Eis auf Dächern ist unverzüglich zu beseitigen, soweit die Schneefänge keinen ausreichenden Schutz gegen das Abgleiten gewähren.</p> <p><sup>2</sup> Schnee und Eis dürfen nur unter Beachtung aller Vorsichtsmassnahmen auf öffentlichen Grund geworfen werden, so dass weder Personen noch Sachen gefährdet werden können.</p> <p><sup>3</sup> Wer Schnee und Eis auf öffentlichen Grund schafft, hat für deren sofortige Entfernung zu sorgen.</p>   |
| Belästigung durch staubtriefende Gegenstände | <p>Art. 21</p> <p><sup>1</sup> Es dürfen keine Gegenstände gegen öffentlich begangenen Grund ausgestäubt, ausgeschüttelt oder ausgeklopft werden, und auch sonst nur, wenn dadurch weder Nachbarn noch vorbeigehende Personen belästigt werden.</p> <p><sup>2</sup> Triefende Gegenstände dürfen nicht über öffentlich begangenen Grund gehängt werden.</p> <p>Art. 22<sup>1</sup></p> <p>Art. 23<sup>1</sup></p>   |
| Öffentliche Anlagen                          | <p>Art. 24</p> <p><sup>1</sup> Rasenflächen und Pflanzungen in öffentlichen Anlagen dürfen nicht betreten werden, es sei denn, dass diese ausdrücklich zu Tummelzwecken oder als Liegeplätze bestimmt sind. Es ist untersagt, daselbst Bäume zu besteigen, Pflanzen zu pflücken, auszureissen oder zu beschädigen sowie die Anlagen oder die darin befindlichen Gegenstände (Ruhebänke, Spielgeräte und dergleichen) zu verunreinigen.</p> <p><sup>2</sup> Das Fussballspiel sowie alle den Rasen schädigenden oder Personen gefährdenden Spiele in öffentlichen Anlagen sind verboten, soweit diese nicht ausdrücklich hiefür zur Verfügung gestellt werden.</p> <p><sup>3</sup> Von Bäumen auf öffentlichem Grund dürfen Lindenblüten nur mit Bewilligung der Direktion Bau und Planung<sup>2</sup> gepflückt werden.</p> |

<sup>1</sup> aufgehoben durch Abfallreglement vom 31. August 1993, cRS 1994, 15 (sRS 541.1)

<sup>2</sup> geändert durch Bereinigungsreglement III vom 15. März 2005, cRS 2005, 117

Verteilung von  
Flugblättern usw.

Art. 25

<sup>1</sup> Die Verteilung von Flugblättern, Programmen, Reklamezetteln und dergleichen sowie das Herumtragen oder Herumführen auf Wagen von Reklamen aller Art auf öffentlichem Grund bedarf einer polizeilichen Bewilligung.

<sup>2</sup> Unter Vorbehalt von Art. 59 des kantonalen Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Strafgesetzbuch<sup>1</sup> dürfen Wahl- und Stimmzettel, Wahl- und Stimmliteratur sowie Einladungen zu Versammlungen ohne besondere Bewilligung verteilt werden.

Art. 26

Der Stadtrat kann Privaten (Einzelpersonen oder Gesellschaften) gegen Entrichtung einer Entschädigung das Recht einräumen, Reklameeinrichtungen und Bekanntmachungen aller Art an Anschlagstellen auf öffentlichem Grund (einschliesslich Bauwände und Bauhütten) während einer bestimmten Vertragsdauer anzubringen.<sup>2</sup>

Handel auf öffent-  
lichem Grund

Art. 27

Für den Handel mit Waren aller Art darf öffentlicher Grund nur mit polizeilicher Bewilligung benützt werden.

### **IVbis Überwachung des öffentlichen Grundes<sup>3</sup>**

Art. 27bis<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die städtischen Behörden dürfen öffentliche Plätze und Strassen nur mit Videokameras überwachen lassen, welche eine Personenidentifikation nicht zulassen.

<sup>2</sup> Der Stadtrat kann die örtlich begrenzte Überwachung mit Videokameras, welche die Personenidentifikation zulassen, gestatten, wenn der Einsatz solcher Videokameras zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geeignet und erforderlich ist und wenn die Öffentlichkeit mit Hinweistafeln auf diesen Einsatz aufmerksam gemacht wird.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> aufgehoben durch Übertretungsstrafgesetz vom 13. Dezember 1984, sGS 921.1

<sup>2</sup> siehe Art. 158 ff. der Bauordnung der Stadt St.Gallen, sRS 731.1

<sup>3</sup> eingefügt durch Nachtrag II vom 10. März 1987, VOS 12, 1

<sup>4</sup> eingefügt durch Nachtrag III vom 23. Mai 2000, cRS 2000, 45

## V. Tierhaltung und Tierschutz

|                 |  |
|-----------------|--|
| Hundehaltung    | <p>Art. 28</p> <p><sup>1</sup> Es ist verboten, Hunde in Friedhöfe, Kirchen, öffentliche Gebäude und Ladenlokale sowie in solche öffentliche Anlagen mitzunehmen, die vom Stadtrat mit einem Hundeverbot belegt sind.</p> <p><sup>2</sup> In Wirtschaften, Wirtschaftsgärten, Wildschutzgebieten und öffentlichen Anlagen, die nicht mit Hundeverbot belegt sind, müssen Hunde an der Leine geführt werden.</p> <p><sup>3</sup> Es steht den Wirten frei, das Mitbringen von Hunden in ihre Lokale zu verbieten.</p> |
| Haustierhaltung | <p>Art. 29</p> <p><sup>1</sup> Haustiere sind so zu halten, dass die Öffentlichkeit und die Nachbarschaft nicht belästigt werden.</p> <p><sup>2</sup> Haustiere, die von einer Hautkrankheit befallen sind, dürfen nicht frei laufen gelassen werden.</p> <p><sup>3</sup> Streunende Katzen werden von der Polizei beseitigt.</p>  |
| Tierschutz      | <p>Art. 30</p> <p>Die Missachtung allgemein anerkannter Regeln des Tierschutzes, auch wenn es sich noch nicht um Tierquälerei im Sinne von Art. 264 des Schweizerischen Strafgesetzbuches handelt, ist verboten.</p>   |

## VI. Strafen und Massnahmen

|  |   |
|--|---|
| Busse, Verwarnung  | <p>Art. 31<sup>1</sup></p> <p>Zuwiderhandlungen gegen dieses Reglement werden mit Busse bestraft. In leichten Fällen kann eine Verwarnung ausgesprochen werden.</p>   |
| Fahrlässigkeit und Gehilfenschaft Anwendung des Schweiz. Strafgesetzbuches | <p>Art. 32</p> <p><sup>1</sup> Strafbar sind auch die fahrlässige Zuwiderhandlung und die Gehilfenschaft.</p> <p><sup>2</sup> Im übrigen finden die Art. 101 bis 109 des Schweizerischen Strafgesetzbuches Anwendung.</p> |

<sup>1</sup> geändert durch Nachtrag III vom 23. Mai 2000, cRS 2000, 45

|               |   |
|---------------|---|
|               | <p>Art. 33</p> <p>Gegen Jugendliche ausgefällte Strafen sind dem Inhaber der elterlichen Gewalt und soweit tunlich der Schulbehörde zu melden.</p>  |
| Massnahmen    | <p>Art. 34</p> <p><sup>1</sup> Mit der Strafe kann die Auflage verbunden werden, den polizeiwidrigen Zustand, welcher Anlass zur Bestrafung bot, innert bestimmter Frist zu beseitigen. Eine solche Anordnung kann auch dann erlassen werden, wenn von einer Strafe abgesehen wird.</p> <p><sup>2</sup> Wird die Frist nicht eingehalten, so lässt die Stadtpolizei den polizeiwidrigen Zustand auf Kosten und Gefahr des Fehlbaren beseitigen.</p> <p><sup>3</sup> In dringenden Fällen kann diese Beseitigung des polizeiwidrigen Zustandes auf Kosten und Gefahr des Fehlbaren ohne Fristansetzung unverzüglich erfolgen.</p>                                      |
| Kosten        | <p>Art. 35</p> <p>Dem Fehlbaren werden die Kosten der Ausfertigung und Zustellung der Strafverfügung auferlegt.</p>   |
| Bewilligungen | <p>Art. 36</p> <p><sup>1</sup> Soweit nach diesem Reglement Bewilligungen zu erteilen sind, ist die Stadtpolizei zuständig.<sup>1</sup></p> <p><sup>2</sup> Die Erteilung solcher Bewilligungen kann befristet und mit Bedingungen oder Auflagen verbunden werden.</p> <p>Art. 37</p> <p>Für Entscheide über die Erteilung polizeilicher Bewilligungen, welche das vorliegende Reglement<sup>1</sup> vorsieht, sowie für Bewilligungen zur Benützung des öffentlichen Grundes und der öffentlichen Luftsäule im Sinne von Art. 19, 25 und 27 dieses Reglementes können nach einem vom Stadtrat im kantonalen Rahmen zu erlassenden Tarif Gebühren erhoben werden.</p> |

<sup>1</sup> geändert durch Bereinigungsreglement I vom 27. Oktober 1992, VOS 12, 559



## VII. Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 38

Dieses Reglement<sup>1</sup> tritt mit der Genehmigung durch das kantonale Polizeidepartement in Kraft.<sup>2</sup> Damit werden aufgehoben:  
...<sup>3</sup>

St.Gallen, den 20. Oktober 1964

Im Namen des Grossen Gemeinderats<sup>4</sup>

Der Präsident:

*Oesch*

Der Stadtschreiber:

*Tanner*



<sup>1</sup> geändert durch Bereinigungsreglement I vom 27. Oktober 1992, VOS 12, 559

<sup>2</sup> vom Polizeidepartement des Kantons St.Gallen genehmigt am 16. Dezember 1966

<sup>3</sup> diese Rechtsänderungen sind in der systematischen Rechtssammlung berücksichtigt

<sup>4</sup> seit 1.1.2001: Stadtpräsident